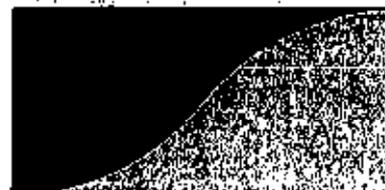


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 80 36/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Olaf Sund, Berlins Senator für Arbeit und Soziales, berichtet über praktische Fortschritte der Behindertenpolitik: Berlin will auch gebender Partner sein.

Seite 1-3

Dieter Spöri MdB weist unangemessene Reaktionen auf den baden-württembergischen Nachrüstungsantrag zurück: Oberflächliche FDP-Kritik.

Seite 4

Uwe Jens MdB erörtert die Frage, was Politiker für die Tankstellen tun können: Ladenschluß für den Tankwart.

Seite 5/6

Axel Wernitz MdB warnt vor einem Neuaufguß der verbotenen Wehrsportgruppe Hoffmann: Verbote allein genügen nicht.

Seite 7

Raymond Battegay, Professor für Psychiatrie an der Universität Basel, über die Unruhe der Jugend: Verfehlte Begegnungen.

Seite 8/9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 58

25. März 1981

Praktische Fortschritt für Behinderte

Berlin will auch ein gebender Partner sein

Von Olaf Sund

Senator für Arbeit und Soziales in Berlin

Das Jahr 1981, das die Vereinten Nationen zum Internationalen Jahr der Behinderten erklärt haben, steht in Berlin im Zeichen der Kontinuität der Behindertenpolitik. Es versteht sich von selbst, daß diese Politik es nicht verträgt, auf ein Jahr begrenzt zu werden, in dem uns die UNO besondere Aktivitäten nahelegt.

Mit dem Bericht über die Situation der Behinderten in Berlin, der aus dem Jahr 1977 stammt und der gleichermaßen eine Bestandsaufnahme und ein Programm ist, verfügen wir über ein Kursbuch der Behindertenpolitik. Seither haben wir eine Reihe konkreter Maßnahmen eingeleitet, die die Lebenslage der Behinderten verbessert haben oder verbessern werden und die zu unseren sozialpolitischen Pluspunkten gehören.

Beispiele sind:

- Ab Jahresbeginn 1978 gibt es einen Landesbeauftragten für Behinderte. Er hat Koordinationsaufgaben und dient den Behinderten sowie ihren Verbänden als Anlaufstelle. Ihm steht ein Beirat für Behindertenfragen zur Seite.
- In zentraler Lage, am Kurfürstendamm, wird derzeit ein Gästehaus für Behinderte gebaut, das als vielfältig nutzbare Stätte der Begegnung zwischen Behinderten und Nichtbehinderten konzipiert ist. Bauherr des vom Land Berlin geförderten Gästehauses ist der Reichsbund.
- Im vergangenen Jahr wurde ein neues Berufsbildungswerk eingeweiht, in dem zusätzliche Plätze für die Berufsausbildung und Berufsvorbereitung behinderter Jugendlicher zur Verfügung stehen.
- Verbesserungsbemühungen für Gehörlose beziehen sich auf den vorschulischen und schulischen Bereich. Zudem wurden vielerorts Schreibtelefone installiert.
- Große Anstrengungen sind darauf gerichtet, die Zahl der Rollstuhlbenutzer-Wohnungen zu erhöhen.



- Um die Umwelt behindertenfreundlicher zu gestalten, wurden und werden einschlägige Vorschriften geändert. So werden zum Beispiel Bordsteine bei Um- und Neubauten von Straßen grundsätzlich, bei vorhandenen Straßen nachträglich entsprechend den Bedürfnissen abgesenkt.

Besonderes Gewicht haben drei in Berlin laufende behindertenorientierte Forschungsvorhaben, die zu 85 Prozent vom Bundesminister für Forschung und Technologie gefördert werden:

1. In Januar 1979 wurde in Berlin ein Forschungsvorhaben "Telebus für Behinderte" gestartet. Dieser spezielle Fahrdienst erhöht die Mobilität von Rollstuhlfahrern sowie Schwergesch- und -stehbehinderten. Betrieben wird er unter Verwendung der sogenannten Bedarfssteuerung: Dabei meldet der Teilnehmer seinen Fahrwunsch per Telefon oder per Postkarte an und erhält umgehend eine Bestätigung. Über Funk gesteuerte Spezialbusse holen ihn zum angegebenen Zeitpunkt ab und bringen ihn an das gewünschte Ziel. Ihm wird auch geholfen, von seiner Wohnung das Fahrzeug und später vom Fahrzeug die Wohnung wieder zu erreichen. Ein Computer ermittelt die optimalen Fahrtrouten der Fahrzeuge.

An Fahrzeugkonstruktoren und -produzenten richtet sich ein Ideenwettbewerb. Prototypen preisgekrönter Busse wurden im Telebus-Fahrdienst eingesetzt und damit praktisch erprobt.

In den Fahrdienst werden nur solche Behinderte einbezogen, denen ohne ein derartiges spezielles Beförderungsangebot eine Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft nicht möglich ist. Wer es kann, soll die öffentlichen Nahverkehrsmittel benutzen. Teilnahme des Behinderten am Leben in der Gemeinschaft heißt auch - zugespitzt ausgedrückt - Teilnahme am öffentlichen Personenverkehr in der Gemeinschaft mit anderen, die den Nichtbehinderten nicht aus seiner Verpflichtung entläßt, auf den Behinderten Rücksicht zu nehmen.

Das Forschungsvorhaben "Telebus für Behinderte" ist inzwischen zu einem besonders augenfälligen Beispiel erfolgreicher Forschungsförderung geworden, die Impulse zu einem humanem Wachstum gibt. Neue Technologien werden entwickelt und so eingesetzt, daß sie Menschen zugute kommen, die Hilfe brauchen. Das Vorhaben schafft zudem Arbeitsplätze im Fahrdienst. Und darüber hinaus richtet ein Unternehmen in Berlin einen Betrieb ein, der ab Anfang April 1981 Telebusse für den nationalen und internationalen Markt produzieren wird, in einer Stadt, die dringend neue industrielle Arbeitsplätze braucht.



2. Der Integration von Behinderten durch eine Erhöhung ihrer Mobilität dient auch das in Berlin angelaufene Forschungsvorhaben "Verkehrsführungssystem für Sehbehinderte".

An Fußgängerampeln wurde Geräte angebracht, die über Antennen, die im Boden verlegt sind, Funkwellen aussenden. Der Blinde erhält einen entsprechenden Empfänger. Er wird auf diese Weise über den Schaltzustand der Ampeln und über den Namen der Kreuzung informiert. Möglich ist es, noch weitere Orientierungshinweise zu übermitteln. Das System wurde vorerst nur an einzelnen Übergängen installiert, um Erfahrungen zu gewinnen. Es ist allerdings denkbar, den Ansatz später so auszubauen, daß eine Art Leitsystem für bestimmte, bevorzugte Wege entsteht, auf denen sich der Blinde ohne Hilfe von anderen bewegen kann. Gekoppelt ist dies mit der Entwicklung und Herausgabe eines Blindenstadtplans völlig neuen Typs.

3. Das Forschungsvorhaben "Modellarbeitsplätze für Behinderte in Werkstätten in Berlin" bezieht die Arbeitsplätze von Behinderten in die Politik der Humanisierung des Arbeitslebens ein. Modellhaft werden solche Arbeitsplätze entwickelt, an denen die Behinderten so arbeiten können, wie es ihren Fähigkeiten entspricht, sinnvoll ist und sie befriedigt. Wesentlich wird es dabei sein, zu ganzheitlichen Arbeitsvollzügen zu kommen, das heißt wenn irgendmöglich die herkömmliche Lohnfertigung, zum Beispiel Montieren oder Verpacken, durch die Fertigung kompletter Werkstücke zu ersetzen.

Zudem sollen die Vermittlungschancen von Behinderten aus den besonderen Werkstätten in das Handwerk, die Industrie und die Verwaltung verbessert werden. Dies sollen spezielle Übergangsmodelle erleichtern. Dabei kommt es darauf an, den Übergang von der Werkstatt zum neuen Arbeitsplatz abzusichern und für den neuen Arbeitsplatz Hilfen zu geben.

Alle Forschungsprojekte für Behinderte in Berlin, die der Bundesminister für Forschung und Technologie unterstützt, sind so angelegt, daß ihre Ergebnisse auf die anderen Länder übertragen werden können. Dies ist gut, weil Berlin, das Hilfe empfängt, auf diese Weise auch ein gebender Partner sein kann und will. (-/25.3.1981/hi/ca)



Oberflächliche FDP-Kritik
-----**Unangemessene Reaktionen auf den baden-württembergischen Nachrüstungsantrag**

Von Dr. Dieter Spöri MdB

**Stellvertretender Vorsitzender der baden-württembergischen
SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag**

Der Landesvorstand der baden-württembergischen SPD hat für den bevorstehenden Landesparteitag einen Antrag zur Nachrüstung beschlossen, der vom Berliner Doppelbeschluß ausgehend sofortige Verhandlungen über eurostrategische Waffen fordert. Nach diesem Antrag kann bei derartigen Verhandlungen auch über ein zeitlich begrenztes Moratorium gesprochen werden. Die Ablehnung einer Strategie militärischer Überlegenheit richtet sich an die Adresse beider Supermächte. Der Antrag geht davon aus, daß auf dem Münchner Parteitag geprüft wird, ob die Geschäftsgrundlage des Berliner Doppelbeschlusses der SPD - die ernsthafte Verhandlungsabsicht - in den nächsten eineinhalb Jahren tatsächlich berücksichtigt wird. Eine Überprüfung beschlossener Positionen auf der Grundlage eventuell neuer Erkenntnisse in München sind logisch und legitim.

Vor dem Hintergrund dieser ausgewogenen Aussage des baden-württembergischen Landesvorstands, welche die Befürchtungen vor einer unzureichenden Nutzung möglicher Verhandlungsspielräume in realistischer Weise berücksichtigt, sind die aufgeregten Reaktionen des FDP-Vorsitzenden Genscher und die erste distanzierte Stellungnahme des Regierungssprechers Lothar Rühl unverständlich und eine völlig überflüssige Belastung des Klimas zwischen den Regierungsparteien. Der FDP-Vorsitzende hat wegen des Nachrüstungsantrages der baden-württembergischen SPD keinerlei Anlaß sich rüffelnd als Lehrmeister einer Parteigliederung der SPD aufzuspielen, die ohne die Geschäftsgrundlage zu verlassen, einem den Verhandlungsprozeß förderlichen Diskussionsbeitrag leistet. Diejenigen, die nur reflexartig über den baden-württembergischen Antrag herfallen, sollten zunächst einmal die beschlossenen Aussagen lesen.

(-/25.3.1981/ks/oa)

+ + +



Ladenschluß für den Tankwart

Was können die Politiker für die Tankstellen tun?

Von Dr. Uwe Jens MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik
der SPD-Bundestagsfraktion

Wenn die Mineralölkonzerne ihr Benzin durch Angestellte billiger verkaufen könnten, würden sie es ohne Zweifel auch tun. Der bürokratische Apparat der Konzerne rechnet mit spitzem Bleistift, und die Macht zur Durchsetzung seines Willens besitzt er ebenfalls.

Aber so wie es ist, sind die Tankstellenpächter "nützliche Untertanen" der Konzerne, von denen nicht wenige bei mehr als 60 Stunden Arbeit in der Woche für beide Ehepartner von den Konzernen im wahrsten Sinne des Wortes "ausgebeutet" werden.

Nach dem geltenden Recht sind Tankstellenpächter aber selbständige Handelsvertreter und unterliegen somit den Bestimmungen der §§ 84 ff Handelsgesetzbuch. Das ist die herrschende Lehre und so sieht es ebenfalls die Rechtsprechung, die Literatur und das Bundesministerium der Justiz. Durch Formularverträge mit den Konzernen wird den Pächtern nahezu alles vordiktiert; häufig sogar, welche Cola sie zu verkaufen haben. Hier setzte die Novellierung des Paragraphen 18 - Ausschließlichkeitsverträge - des HGB 1973 an. Diese Bestimmung wurde dann auf Drängen der Sozialdemokraten in der zweiten Novelle 1973 noch verbessert und sollte eigentlich den Gaststätten- und Tankstellenpächtern gewisse Erleichterungen bringen.

Wesentlich ist jedoch, daß die Tankstellenpächter im allgemeinen und ihre Berufsvertretungen im besonderen an diesem Rechtsstatus eines "selbständigen Kaufmanns" festhalten wollen. Ihre Bestrebungen gehen eher dahin, ihren Gestaltungsraum zu erweitern; auf keinen Fall wollen sie Erfüllungsgehilfe der Konzerne werden. In diesen Bemühen sind die Tankstellenpächter meines Erachtens grundsätzlich ebenfalls zu unterstützen; aber unvereinbar damit ist es, arbeitsträchtige Schutzbestimmungen - wie sie bei abhängig Beschäftigten gang und gäbe sind - auf sie zu übertragen.

Die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches (HGB) haben sich jedoch in der Praxis für die Handelsvertreter im allgemeinen bewährt. Für die Tankstellenunternehmer gilt jedoch die Ausnahme des Paragraphen 89 HGB, bei dem es um einen Ausgleichsanspruch gegenüber den Konzernen geht. Dieser Paragraph berücksichtigt zu wenig die Situation des stationären Handelsvertreters mit Gewerbebetrieb. Nicht selten soll es vorgekommen sein, daß gerade besonders tüchtige Tankstellenunternehmer beim Ausscheiden keinen Ausgleichsanspruch nach Paragraph 89 HGB bekommen haben, weil sie ihren Kundenstamm keinem anderen übertragen konnten. Ein Trost ist hier, daß eine EG-Richtlinie in Vorbereitung ist zur Koordinierung des Rechts der Handelsvertreter. Zum Teil sollen diese zu erwartenden europäischen Bestimmungen über die hinaus gehen, die im deutschen HGB zum Schutz der Handelsvertreter vorgesehen sind. Es bleibt zu hoffen, daß auch der Ausgleichsanspruch durch europäisches Recht besser geregelt wird als bisher.



Schließlich gibt es nach Handelsvertreterrecht nach den Paragraph 92 a HGB, nach dem eine Mindestvergütungsregelung vom Bundesminister der Justiz im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft erlassen werden kann. Doch diese Vergütung kann nach den gesetzlichen Bestimmungen nur so hoch festgelegt werden, daß gerade der "Lebensunterhalt auf bescheidener Grundlage" ermöglicht wird. Gebraucht ist deshalb auch noch nie von diesem Paragraphen gemacht worden. Nur wenige Tankstellen würden davon begünstigt werden und mit Recht ist zu befürchten, daß diese Pächter dann die nächsten wären, die auf Drängen der Konzerne ihre Pforten schließen müßten wie es in den vergangenen Jahren allzuvielen getroffen hat.

Wenn man - wie die meisten Tankstellen-Unternehmer und ihre Verbände - den Weg gehen will, den Gestaltungsspielraum zu erweitern und die Selbständigkeit zu verbessern, dann kommt es entscheidend darauf an, die Verhandlungs- und das heißt Machtposition gegenüber dem Partner, also dem Konzern zu stärken. Dies geschieht meines Erachtens noch am ehesten, indem die Tankstellen solidarisch ihre Öffnungszeiten spürbar verringern. Schon heute wäre ein Versuch angezeigt, durch Absprachen zwischen den in Frage kommenden Tankstellen - nach vorheriger Rücksprache mit dem Kartellamt - den Versuch zu unternehmen, nicht mehr um 21 Uhr, sondern gemeinsam um 18.30 Uhr bereits zu schließen. Eine freiwillige Regelung hat immer Vorrang vor einer gesetzlichen. Aber sollte es damit nicht funktionieren, wäre dringend zu überlegen, ob die Tankstellen nicht in das Ladenschlußgesetz einbezogen werden können, wie es der Zentralverband des Tankstellen- und Garagengewerbes bereits gefordert hat.

(-/25.3.1981/ks/ca)

+ + +



Verbote allein genügen nicht

Radikaler Neuaufguß der verbotenen WSG-Hoffmann

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Die vereinsmäßig gegliederte und mit rund 400 Mitgliedern bis zu ihrem Verbot durch den Bundesinnenminister stärkste neonazistische Organisation scheint auch nach dem 30. Januar 1980 über einzelne Personen und Gruppen noch Aktivitäten zu entfalten. So wurde erst dieser Tage in der Öffentlichkeit berichtet, daß sich der "Führer" der verbotenen Wehrsportgruppe (WSG) Karl Heinz Hoffmann intensiv um den Ausbau seiner personellen und "geschäftlichen Kontakte" in den Nahen Osten im allgemeinen und in den Libanon speziell bemüht.

Es kann hier dahingestellt bleiben, was daran im einzelnen Fakten und was Spekulationen sind. Die Mutmaßungen für die Auslandsaktivitäten reichen jedenfalls von personeller Kooperation zwischen WSG und Palästinensern beziehungsweise christlichen Milizen im Libanon bei Ausbildungs- und Schulungsaktivitäten bis hin zu reinem Geschäftsinteresse an schwunghaftem Handel mit allerlei militärischem Gerät. Nach wie vor ist aber notwendig, die verschiedenen im Zusammenhang mit der Wehrsportgruppe Hoffmann stehenden Aktivitäten im Inland zu verfolgen.

Zu dieser militanten Kaderorganisation hatte das Bundesverwaltungsgericht bei seinem das Verbot bestätigenden Urteil vom 2. Dezember 1980 festgestellt, daß es sich um eine gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtete paramilitärische Vereinigung handelt, die ihren Mitgliedern nicht nur eine vielfältige militärische Ausbildung vermittelt, sondern eine neue Ordnung, das heißt den totalen nationalsozialistisch ausgerichteten Staat angestrebt hat. Fest steht, daß der bei dem Bombenanschlag auf das Münchner Oktoberfest am 26. September 1980 ebenfalls getötete Gundolf Köhler an Übungen der WSG Hoffmann teilnahm und in den Kartellen dieser Gruppe als aktives Mitglied erfaßt war.

Zwar ist das Verbot dieser neonazistischen Gruppe in Kraft und gilt selbstverständlich auch für Nachfolgeorganisationen. Dennoch besteht weiterhin Grund dazuk die Aktivitäten der illegalen Wehrsportgruppe und insbesondere auch ihre einzelnen im Verfassungsschutzbericht des Bundes genannten regionalen Untergruppen beziehungsweise sich hieraus entwickelnde neue Aktivgruppen zu beobachten, zu kontrollieren und gegebenenfalls aufzulösen.

Immerhin wurde dieser Tage auf einer Sitzung des Jugendwohlfahrtsausschusses im Landratsamt Neuburg-Schrobenhausen vom dortigen Kreisjugendpfleger darauf hingewiesen, daß eine Gruppe junger Männer sich seit einiger Zeit unter dem Decknamen eines "Bundeswehr-Fan-Clubs" als radikaler neuer Aufgruß der verbotenen WSG Hoffmann entwickelt habe. Nach weiteren Informationen soll es sich um einen 20 bis 30 Mann starken Personenkreis handeln, der in alten Bundeswehruniformen in der Umgebung Neuburgs Nachtübungen abhält. Für Fahrzeuge und Waffen beziehungsweise waffenähnliches Gerät soll gleichfalls gesorgt sein. Nach wie vor ist also größte Aufmerksamkeit und Abwehrbereitschaft gegenüber dem Rechtsextremismus im Alltag geboten. Mit dem Verbot allein ist es längst nicht getan.

(-/25.3.1981/ks/ca)

+ + +



Verfehlte Begegnungen

Über die Unruhe der Jugend

Von Prof. Raymond Battagay

Ordentlicher Professor für Psychiatrie an der Universität Basel

Wenn Jugendliche vielerorts, selbst in unserem sonst ruhigen und geordneten Lande, auf die Straße gehen und die Konfrontation mit den Ordnungsvertretern und -hütern suchen, so sollen und müssen wir uns fragen, was sie innerlich und äußerlich bewegt. Obschon sich in der Gegenwart das Interesse mehr als früher auf die Heranwachsenden konzentriert, bereitet sich, zumindest bei einem Teil der Jugend - wie übrigens auch bei Erwachsenen - Mißbehagen aus. Junge Menschen, die sich nicht in die moderne Computerwelt einerseits und Prinzipienlosigkeit andererseits integrieren können oder wollen, sehen keinen Sinn darin, sich in eine ausschließlich wirtschaftsorientierte Gesellschaft - in West oder Ost - einzuordnen. Sie finden, wie entsprechend sensibilisierte Erwachsene, in der sogar in Bezug auf die Phantasie durch Kommerzialisierung gesteuerten Welt, keinen Freiraum, in dem sie sich selbst leben und Gleichgesinnten begegnen könnten.

Oft werden sich diese Jugendlichen schon in ihrer Kindheit vergeblich danach gesehnt haben, Freiheit in der Geborgenheit in einem familiären Kreis zu erfahren. Viele Familien sind brüchig geworden, die Eltern in Beruf und Freizeit mit eigenen Problemen beschäftigt, so daß ihnen kaum mehr Autorität, aber auch keine Zeit und Energie für die Auseinandersetzung mit ihren Kindern übrig bleibt. Die für die Persönlichkeitsherausbildung so wichtige sinngebende Begegnung zwischen Eltern und Kindern findet nicht statt. Der Generationenkonflikt kann in den Familien oft nicht mehr in einer harten Konfrontation ausgetragen werden. Gegenseitige unausgesprochene und unausgetragene Projektion und Enttäuschung kennzeichnet mancherorts das Verhältnis von Eltern und Kindern und vielleicht generell die Beziehung der Generation untereinander in einer restaurativen Welt.

Versagt haben in den Augen der Jungen und sicher auch vieler denkender Erwachsener auch die Maßgeblichen auf dieser Erde. Nicht nur die beiden Weltkriege, sondern zahlreiche "begrenzte" Kriege haben gezeigt, wie sehr destruktive Aggression jegliche Menschlichkeit und vor allem jegliches moralisches Leitbild zerstört. Kleine Völker werden preisgegeben, bloß um wirtschaftlicher Vorteile willen. Es gelten auch im Völkerparlament nicht mehr ethische Gesichtspunkte, unabhängig von den weltpolitischen Lagern, sondern nur noch Macht- und Profitgier sowie Unversöhnlichkeit und Rachesucht. Was vor kurzem noch als unverbrüchliche Verpflichtung angesehen wurde, wird heute als hinderlich über Bord geworfen. Kein Versprechen gilt mehr. Völker werden gewissenlos Gefahren ausgesetzt, unterjocht, das Wort Demokratie mißbraucht, freiheitsliebende Individuen eingekerkert, gefoltert. Menschenvernichtender Terror gibt vor, für die humane Freiheit zu kämpfen. Verlogenheit herrscht weit herum.

Die Jungen gehen verzweifelt auf die Straßen. Sie können, in der Gemeinsamkeit mit anderen, gleichermaßen von einer Desillusionierung, von einem Hoffnungslosigkeits- und Sinnlosigkeitserleben Ergriffenen, die Repräsentanten einer Gesellschaft herausfordern, die zweifellos meist zu wenig über die Probleme nachdenken, die sich den Jungen beim Hineinwachsen in die vielen computerbedingten und hergebrachten Normierungen einerseits und Krisenerscheinungen andererseits stellen.

So bedauerlich die Gewaltanwendung stets ist, so dürfen wir aber vielleicht selbst die Jugendkrawalle nicht nur mit negativen Zensuren versehen. Sie sind doch wohl auch dazu angetan, unseren Standpunkt neu zu überdenken, Gedanken darüber anzustellen, wie wir der



Jugend und besonders jenen jungen Menschen in ihr, die Hoffnung und Sinnorientierung verloren haben, wie auch manchem von Zweifel und Verzweiflung ergriffenen Erwachsenen, begegnen und ihnen eine Hilfe zur Selbsthilfe anbieten können. Die automatisierte, technisierte, verfremdete Welt, die den Jungen vorgelebt und gepriesen wird, ist für sie - und uns - oft unverständlich.

Was diese jungen Menschen im Grunde genommen wollen, ist nicht Zerstörung. Zutiefst hoffen sie, wohl in der Mehrzahl, auf eine Begegnung, die ihnen den Sinn ihrer Existenz aufweisen könnte, ohne daß sie um jeden Preis gezwungen wären, zu einem programmatisch funktionierenden Teil des Getriebes unserer Gesellschaft zu werden.

Den Schulen und Universitäten böten sich vielfältige Möglichkeiten der gruppenzentrierten Diskussion und Auseinandersetzung mit der Jugend. Die jungen Menschen, die in unserem Kulturkreis keinen fest umschriebenen Status, keine klar definierte Rolle besitzen und oft erst, wenn sie Geld verdienen, als vollwertig gelten, wollen entweder früh eine Verantwortung tragen oder dann aber aussteigen aus der automatisierten Leistungswelt, um so - mit anderen zusammen - vielleicht eine Sinngebung zu finden.

Es geht nicht an, die körperlich und geistig immer früher reife Jugend einfach mit Tabus zurückzubinden und so in ihrer gefühlmäßigen Entwicklung zu hemmen. Das auch heute noch ungestüme Temperament der Jugend verlangt vor allem nach Begegnung in einer teilnehmenden Gruppe. Jeder Erwachsene versuche an seiner Stelle das bisher Verfehlete nachzuholen und sich den Jungen zu stellen. Es sollten in unserem Lande viel mehr als bisher Diskussion- und Arbeitsgruppen entstehen, in denen junge Menschen und gestandene einander begegnen, sich kennenlernen, in Kommunikation treten, sich auseinandersetzen und stützen könnten. Durch die Begegnung mit Mitmenschen werden sich die Jugendlichen getragen fühlen, eine Erweiterung ihres Lebensbezuges erfahren und etwa die Silberstreifen eines Daseinssinns am Horizont erkennen.

(-/25.3.1981/hi/ca)

+ + +
Verantwortlich: Willi Carl

